

Januar 2009

1. Über den Begriff

Ökologie und Gerechtigkeit sind Begriffe, die traditionell nicht miteinander in Verbindung gebracht werden. Wo der Mensch sich weitgehend in der Beobachterposition und nicht als Bestandteil des ökologischen Systems wahrnimmt, werden keine Berührungspunkte zwischen der naturwissenschaftlichen Betrachtung und der ethischen Fragestellung gesehen: „Wenn wir davon ausgehen, daß die Bedeutung von Gerechtigkeit an die *Art der Sozialbeziehungen* gebunden ist, kann die Natur nur teilweise in Verhältnisse ökologischer Gerechtigkeit einbezogen werden. Das Ausmaß wird wiederum nach dem Kriterium der sozialen Beziehungen bestimmt, die wir zu Tieren haben oder haben können. Nach üblichem Verständnis haben wir soziale Beziehungen nur zu den Tieren, die wir als Haus- oder Nutztiere halten. Die Beziehungen zu den Wildtieren sind bestenfalls minimale soziale Beziehungen, und zu den Pflanzen und den nicht-lebendigen Teilen der Natur haben wir für gewöhnlich keine sozialen Beziehungen. Diese Teile der Natur sind keine Akteure in einem wie immer schwachen Sinn. In der Folge kann man auch nicht von einer Gerechtigkeit ›zwischen den Spezies‹ sprechen.“¹

Diese Sichtweise ändert sich in dem Moment, wo der Mensch die ökologischen Folgen seines Tuns unmittelbar erlebt. Die Störung des natürlichen Umfelds, beispielsweise durch Lärm oder Luftverschmutzung, lässt ihn auf einmal spüren, wie sehr er in das Ökosystem hinein gewoben ist. „Der Gerechtigkeitsbegriff gewinnt im Kontext der Umweltpolitik eine immer stärkere Bedeutung. Im angelsächsischen Raum stellt „Environmental Justice“ oder „Ecological Justice“ ein bereits gut etabliertes Forschungsfeld dar. Dagegen wird das Thema in Deutschland erst in jüngster Zeit zunehmend relevant. ... Im Rahmen der regelmäßigen Repräsentativumfragen von Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt zum „Umweltbewusstsein in Deutschland“ ist das Thema „Ökologische Gerechtigkeit“ erstmalig im Jahre 2002 behandelt worden. Es zeigte sich, dass – je nach Fragestellung – zwischen 10 und 20% der Bevölkerung sich selber als (besonders) stark belastet einschätzen.“².

In unserm Zusammenhang hat der Begriff der „Ökologischen Gerechtigkeit“ nochmals eine abgewandelte Bedeutung: Seit die Ursachen des Klimawandels als im Wesentlichen anthropogene feststehen, können die Erderwärmung und ihre Folgen nicht länger als Schicksal eingestuft werden. Schicksalsträchtig ist allenfalls, dass die ökologischen Wirkungen und Nebenwirkungen eine lange nicht geahnte zeitliche und

¹ So die Beschreibung des Phänomens durch Anton Leist in: Ökologische Ethik II: Ökologische Gerechtigkeit: Global, intergenerationell und humanökologisch, S. 3
www.ethik.uzh.ch/afe/publikationen/Leist_Umweltethik.pdf

² So der Beginn der Website des Bundesumweltamtes Umweltbewusstsein und Nachhaltiger Konsum
Ökologische Gerechtigkeit Letzte Änderung: 10.04.2008
www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein/oekologische-gerechtigkeit.htm

räumliche Dimension haben. Konsequenzen daraus sind nicht mehr aufschiebbar, zumal jede Verschiebung eine weitere Verschärfung der Lage nach sich zieht.

Klimaschutz ist ökologisch unabdingbar, wenn der Planet Erde als der erhalten werden soll, der er heute ist. Klimaschutz ist aber auch eine Frage der zwischenmenschlichen Gerechtigkeit, weil

- die Ursachen des Klimawandels weitgehend bei den Industrienationen zu suchen sind, während die negativen klimatischen Veränderungen bislang vor allem die armen Länder des Südens betreffen,
- der heutige Umgang mit Ressourcen, als deren Bestandteil inzwischen auch die Atmosphäre erkannt worden ist, eine immense Belastung und Einschränkung für die Lebensmöglichkeiten künftiger Generationen darstellt.

Dass die Erkenntnis, dass der Mensch Teil der Natur ist, auch ethische Verantwortung gegenüber Flora und Fauna impliziert, sei an dieser Stelle nur erwähnt.

Der Zusammenhang zwischen dem eigenen Handeln und den globalen Veränderungen als dessen Auswirkungen kann nicht unmittelbar erfahren werden. Er muss kognitiv als Wissen vermittelt werden, und bei diesem Wissen handelt es sich – mit dem Titel des Films von Al Gore – um eine „unbequeme Wahrheit“, die, so Al Gore in seinem Film – schnell dazu führt, dass Menschen direkt vom Ignorieren ins Resignieren überwechseln – oder im Ignorieren der Dimension des Problems und der daraus resultierenden Aufgabe zunächst bewährte Hausmitteln anwenden.

2. Über den Blickwinkel

Wer in Deutschland darauf hinweist, dass wir uns und unsern Nachkommen das ökologische Grab schaufeln, stößt auf offene Ohren. Erstmals scheint es – unbeschadet davon, dass die Finanzkrise und ihre Folgen der ökologischen Krise den Rang abgelaufen haben – eine Art Grundkonsens zu geben, dass – wie, durch wen und mit welcher Konsequenz auch immer – es nicht so weitergehen kann wie bisher, dass dringend etwas getan werden muss. Der für uns Menschen bedenkliche Zustand der Erde ist zu einem Thema mit einer Relevanz geworden, dass ihm selbst in Lokalzeitungen viel Platz auf Titelseiten eingeräumt wird. Vorschläge des Bundesumweltministeriums, lange Zeit ein wenig beachtetes Ressort, die in immer kürzeren Intervallen unterbreitet werden und deshalb häufig wenig zielgerichtet wirken, so dass sie mitunter verheerende oder überhaupt keine Wirkung versprechen, werden von der Öffentlichkeit bereitwillig aufgegriffen und diskutiert. Und über allem schwebt die Frage: Was kann ich tun?

Die Bereitschaft zu Handeln ist also da, und es wird auch gehandelt. Trotzdem hat sich der ökologische Zustand der Erde in jüngster Vergangenheit nochmals

dramatisch verschlechtert.³ Diese Entwicklung passt nicht so recht zur vermittelten Sichtweise, dass Europa und insbesondere Deutschland, wenn auch nicht Kern des Problems, so doch auf einem guten Weg seien. Wenn der Naturschutzdirektor des WWF, Christoph Heinrich, sagt: „Wir brauchen ein drastisches Umdenken in der Umweltpolitik, aber auch im alltäglichen Handeln jedes Einzelnen. ... Jeder kann etwas für den Naturschutz tun ohne an Lebensfreude einzubüßen.“⁴, dann trägt er hierzulande Eulen nach Athen. Wir in Deutschland, so eher das kollektive Gefühl, sind nicht die Ursache dieser bedenklichen Entwicklung. Das eigentliche Problem liege vor allem traditionell in den USA und jetzt auch in China, das gewissermaßen stellvertretend für viele Schwellenländer genannt wird. Tatsächlich gibt es in Deutschland seit etwa 20 Jahren eine Entkoppelung von Wirtschaftsentwicklung und Energieverbrauch, doch die hat ihre Hauptursache in den neuen Bundesländern, wo – abgesehen vom Abbau ganzer Industriezweige – allein aus wirtschaftlichen Gründen eine enorme Effizienzsteigerung sowohl in der Industrie als auch bei der Beheizung der Wohnungen nötig und auch möglich war.

Bleibt die Frage, ob diese subjektive Wahrnehmung, in einem Land mit Vorbildfunktion zu leben, uneingeschränkt stimmt. Dazu einige Beispiele, die zwar aufgrund der ständig neu unterbreiteten Vorschläge teilweise wieder überholt sein mögen, aber deutlich aufzeigen, welche Kriterien die Klimadiskussion letztlich dominieren:

- Unmittelbar unter dem Artikel über den WWF-Report ist der nächste Bericht getitelt: „EU-Kommission fordert ein Rettungspaket für Autobauer“, in dem es um die Idee geht, den „krisengeschüttelten Herstellern“ 40 Milliarden Euro für die Herstellung Sprit sparender Autos zur Verfügung zu stellen. Den Leserinnen und Lesern wird so nahe gebracht, dass in Europa endlich Wirtschaftswachstum und Umweltschutz – wenn auch mit politischer Unterstützung – vereinbar geworden sind. Doch abgesehen davon, dass die Automobilindustrie bisher bislang technische Neuerungen selbst finanziert und diese mit Stolz vor sich hergetragen hat, ist der Nutzen für die Umwelt zumindest zweischneidig, wird doch ein gewaltiger öffentlicher Aufwand betrieben, mit dem suggeriert wird, bei mehr Effizienz und Nachbesserungen der vorhandenen Technik sei die gewohnte wachstumsorientierte Mobilität vertretbar. Das umweltschonendste Auto aber ist bekanntlich das, das nicht gebaut wird; die EU-Initiative zielt hingegen auf eine Ankurbelung des im Moment hoher Spritpreise nicht mehr zeitgemäßen Fahrzeugmarktes – mit dem Ergebnis, dass Altfahrzeuge entweder vorzeitig verschrottet werden oder

³ So der „Living Planet Report 2008“ des WWF

⁴ Zitiert nach DEWEZET vom 30.10.2008, S. 1

sie aber als zusätzliche Fahrzeuge auf den internationalen Markt kommen. Beides schadet der Umwelt: Im ersten Fall, weil vor lauter Effizienzdenken die Suffizienz außer acht gelassen wird, die besagt, dass der Energie- und Rohstoffverbrauch für die Herstellung eines Fahrzeugs so hoch ist, dass es in jedem Fall bis zu Ende aufgefahren werden muss, im zweiten Fall dadurch, dass durch die Erhöhung des weltweiten Fahrzeugbestands die CO₂-Belastung ebenfalls zunimmt.⁵

- Hausbesitzer werden animiert, ihre Gebäude energetisch zu sanieren. Das ist sinnvoll, da ein hoher Anteil der CO₂-Emissionen beim Heizen entsteht. Allerdings wird zunächst an das Eigeninteresse der potentiellen Bauherren appelliert. An erster Stelle werden ihnen die Einsparpotentiale präsentiert und dann – als Sahnehäubchen – kommt der Hinweis, dass man mit den Maßnahmen ja auch noch etwas Gutes für die Umwelt tue. Wenn es denn hilft, ist gegen diese Art des Umwerbens nichts einzuwenden, doch führt es auch dazu, dass die energetische Sanierung nicht zuletzt aufgrund der Subventionen merkwürdige Blüten treiben kann. So wird für einen mitunter geringen Effekt, der in nördlichen Breiten vielfach bei der Energieerzeugung aus Fotovoltaik nur erzielt werden kann, viel Geld gebunden, das, andernorts investiert, viel mehr Wirkung erzielen könnte. Die gern aufgestellte These, dass Ökonomie und Ökologie harmonisieren, hat keine Allgemeingültigkeit. Im Zweifelsfall wird mehr Rücksicht auf die unmittelbaren ökonomischen Folgen genommen als auf die für den Einzelfall nicht spürbaren ökologischen Folgen.
- „Bio“ ist „in“. So „in“, dass alles „Bio“ sein muss. Lebensmittelhersteller bemühen sich, in ihren Produktbeschreibungen möglichst häufig das Wort „Bio“ vorkommen zu lassen – häufig genug das einzige Verdachtsmoment, dass ein Produkt in der Natur gewachsene Bestandteile haben könnte. Auch das EU-Biosiegel, das immerhin aufgrund einer unabhängigen Analyse vergeben wird und deshalb Aussagekraft hat, ist selbst aus Supermarktketten nicht mehr wegzudenken – eine neue Konsumentenschicht, die auf immerhin ca. 10% geschätzt wird, lässt sich „Bio“ etwas kosten. Nichts gegen „Bio“, „Bio“ kann gar nicht genug in sein. Auch ist es kein schlechtes Zeichen an sich, dass die, die sich etwas leisten können, sich auch „Bio“ leisten. Der Schönheitsfehler besteht darin, dass es vielen, die „Bio“ kaufen, dabei nicht um Ökologie im Sinne einer Einordnung in einen die Kreisläufe der Natur möglichst wenig hindernden Lebensstil geht⁶, sondern um den Schick einer persönlichen Insel, auf der man „bewusst“ gesund lebt und sich Gutes tut bzw.

⁵ Inzwischen wird mit der Abwrackprämie für Altfahrzeuge ein Neuwagenkauf subventioniert, ohne dass ernst zu nehmende ökologische Kriterien einfließen. Offensichtlich herrscht nach wie vor die Auffassung vor, dass die Ökologie der Ökonomie letztlich hinderlich ist und in wirtschaftlich schweren Zeiten besser ausgeklammert bleibt. Auch scheint der Verschrottungsnachweis durch den Export der Altfahrzeuge zur dann nicht mehr kontrollierbaren Verschrottung auszuhebeln sein, so dass sich die Zahl der Autos weltweit tatsächlich erhöht. Aufgrund des hohen Energie- und Rohstoffeinsatzes bei der Fahrzeugproduktion ist eine vorzeitige Verschrottung ökologisch ohnehin bedenklich.

⁶ Untersuchungen haben laut Spiegel vom 25.08.2008 („Zurück zum Sonntagsbraten“) ergeben, dass beispielsweise Fleischprodukte aus der ökologischen Landwirtschaft z. T. eine höhere Klimabelastung darstellen als die aus konventioneller Landwirtschaft.

nur das Gute bei sich ankommen lässt und sich nicht dafür interessiert, welche ökologischen Fußabdrücke bereits hinterlassen werden. Kein Wunder, dass der Kauf von Bioprodukten im Regelfall ebenfalls eine Insel innerhalb eines ansonsten nicht umweltorientierten Konsumverhaltens bildet. Die Antwort auf die globale ökologische Krise lautet hier schlicht und einfach „Wellness“.

Die Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ diagnostiziert eine weit verbreitete „systematische Bewusstseinspaltung“, die sich im Widerspruch zwischen dem propagierten Ziel des Klimaschutzes und der Expansion der Energieansprüche offenbare. „Was bislang allenfalls läuft, ist eine Diversifizierung des Angebots, um der aufkommenden Ökosensibilität zu entsprechen. Auf dem Flughafen München fahren Wasserstoff-Busse, die Stromkonzerne verkaufen im Nischensegment auch grünen Strom, der internationale Konzern Deutsche Bahn bietet Leihfahrräder an, die Billigflieger werben mit Öko-Ferien, und unter den Heizpilzen werden Gerichte aus Biolebensmitteln serviert.“⁷

Wir beobachten also das Phänomen, dass das „umweltbewusste“ Handeln primär auf unmittelbar positive Folgen für die Handelnden zielt. Es geht um als ausreichend empfundene Lösungsansätze, mit deren Verwirklichung grundsätzlich die Fortschreibung des eigenen Lebensstils legitimiert wird. Solch eine sich beschränkende Betrachtung der subjektiv als ausreichend empfundenen Maßnahmen kann aufrechterhalten werden, solange die ökologischen, also die das ganze „Welthaus“ betreffenden Folgen des eingeschränkten Handelns (noch) nicht gespürt werden, obwohl sie andere längst erreicht haben. Die Situation der Armen dieser Welt, die hauptsächlich in der südlichen Hemisphäre leben und deren Überleben vielfach an einem schnellstens und radikal zu vollziehenden Änderung der Lebensweise insbesondere der Menschen in den Industrienationen hängt, wird nicht wahrgenommen. Es stellt sich die Frage nach ökologischer Gerechtigkeit.

3. Über ökologische Ungerechtigkeit

Ein Aspekt ökologischer Ungerechtigkeit ist bereits angesprochen: Die ökologischen Kosten – nicht nur die des Klimawandels – für den immensen Reichtum eines kleinen Anteils der Weltbevölkerung laufen derzeit bei den Armen auf:

- Durch das industrielle Abholzen von Primärwäldern, deren Hölzer exportiert werden und auf deren Flächen Exportprodukte wie Futter- oder Energiepflanzen angebaut werden, wird der indigenen Bevölkerung Lebensraum und –grundlage entzogen. Eine Milliarde Menschen sind für ihren Lebensunterhalt auf Wälder angewiesen und über 350 Millionen Menschen, die in oder in der Nähe von Wäldern leben, sind sehr stark von ihnen

⁷ Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Einblicke in die Studie des Wuppertaler Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Hrsg. von Brot für die Welt, dem Evangelischen Entwicklungsdienst und vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland 2008

abhängig. Die industrielle, jegliche Nachhaltigkeit außer Acht lassende Holzgewinnung wird durch die einheitlichen Einfuhrzölle der Holz importierenden Länder gefördert. Allein die G8-Staaten importieren etwa 40 Prozent des illegal gehandelten Nutzholzes⁸.

- Germanwatch⁹ berichtet aus Ghana, dass im Umkreis des Goldtagebaus das Ackerland größtenteils nicht mehr nutzbar sei, weil es direkt dem Bergbau zum Opfer fällt, abgebaut und chemisch ausgespült wird und der kontaminierte Abraum auf landwirtschaftlicher Nutzfläche gelagert werde. Umsiedlungen, auch unter Zwang, sind an der Tagesordnung, weil der Flächenverbrauch im lukrativen Tagebau gewaltig ist.
- Durch die weltweite Konkurrenz der Produktionsstandorte sind geringe Umweltstandards ein „Standortvorteil“, den sich viele Länder zunutze machen. Unzählige Produkte werden aus Gründen der Kostenersparnis unter Bedingungen hergestellt, die in den Ländern, für die sie bestimmt werden, nie akzeptiert würden.
 - Die Produktionskette von Textilien ist eine Aneinanderreihung von Schadstoffen: Baumwollfelder werden mit Chemiecocktails besprüht, denen auch die Arbeiterinnen und Arbeiter schutzlos ausgesetzt werden und die die Böden sukzessive verseuchen. In den Spinnereien und Webereien werden die Arbeitskräfte den Stäuben ausgeliefert wie später die Färber den Dämpfen der Farbstoffe, deren Reste häufig ungeklärt abgeleitet werden. Mangelnder Umwelt- und Arbeitsschutz sind Seiten derselben Medaille.
 - 2007 gab es einen Aufschrei und breit angelegte Rückrufaktionen, als die toxische Belastung von in China produziertem Spielzeug festgestellt wurde. Unbestritten ist es ein Skandal, wenn die Gesundheit von Kindern durch Spielzeug gefährdet wird. Doch der Skandal, dass Arbeiterinnen und Arbeiter tagtäglich während der Produktion, bei der weit mehr Gifte diffundieren können, mit diesen Produkten in Kontakt kommen, ist mindestens ebenso groß. Allerdings findet er kaum Beachtung.
- Schließlich kommen die Folgen der zumeist in den Industrieländern verursachten globalen Klimaveränderung hauptsächlich über die Länder der südlichen Hemisphäre. Ihre Armen sind besonders verwundbar, weil sie kaum Anpassungs- und Bewältigungsstrategien entwickeln können.¹⁰ Küstenbewohner sind dem Anstieg des Meerwasserspiegels und den zunehmenden Stürmen hilflos ausgeliefert, Kleinbauern im Regenfeldbau verlieren ihre Ernten, weil der Regen zu früh, zu spät, überhaupt nicht oder

⁸ Patrick Alley u.a., Haben und Nichthaben. Verantwortungsvolle Ressourcenpolitik im 21. Jahrhundert. Ein Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2007, S. 9

⁹ germanwatch.org/corp/ghana06.pdf

¹⁰ Bernhard Walter, Nicht nur Almosen – die Geschädigten im Süden haben ein Recht auf Ausgleichsleistungen des Nordens für die Klimaschäden,

sintflutartig kommt, während die im Nassfeldbau durch das Abschmelzen von Gletschern und das folgende Austrocknen von Bächen und Flüssen ihre Anbauflächen verlieren werden. Tradierte Anbaumethoden funktionieren nicht mehr. Die Klimaveränderung ist eine wesentliche Ursache der Nahrungsmittelverknappung und die Ernährungs- und Existenzkrise und hat viele Existenz bedrohende Auswirkungen wie Hunger, Krankheit und Armut. Der Klimawandel untergräbt durch die schleichende Zerstörung der Heimat und der Nahrungsmittelsicherheit das Existenzrecht von 2,5 Milliarden Menschen¹¹, und das Klima wird sich weiter zum Nachteil der Menschen im Süden verändern, da selbst konsequentes Handeln zum Klimaschutz erst langfristig Wirkung zeigen kann.

Der zweite Aspekt der ökologischen Ungerechtigkeit ist, dass – zunächst aus ökologischen Gründen – die energiearmen Länder keine Angleichung an den Ressourcenverbrauch der Industrienationen vornehmen dürfen. Denn ein vergleichsweise kleiner Teil der Menschheit nimmt die gemeinsame Atmosphäre in einem Maß für sich als „Müllhalde“¹² in Anspruch, dass sie bereits durch die Wenigen hoffnungslos übernutzt ist. CO₂-Emissionen haben das für das Ökosystem Erde verträgliche Maß längst überschritten. Folge ist die Klimaerwärmung mit einem aus dem Tritt geratendem Ökosystem, das nicht nur für Menschen Existenz bedrohend ist und eine gewaltige Hypothek auf die Zukunft darstellt, sondern auch immer mehr Pflanzen- und Tierarten aussterben lässt. Nutzten alle Menschen die Atmosphäre im gleichen Umfang wie die Industrienationen, so würde es innerhalb kürzester Zeit zum Kollaps kommen. Folglich muss um des Ökosystems Erde willen, von dem alle Menschen abhängig sind, verhindert werden, dass die Gerechtigkeitslücke auf dem Weg einer Angleichung an das hohe Niveau geschlossen wird. Andererseits aber muss um der Gerechtigkeit willen allen Menschen das gleiche Nutzungsrecht an der Atmosphäre zugestanden werden. Der einzige Weg, der Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit verspricht, ist der über eine drastische Reduzierung der CO₂-Emissionen der die Atmosphäre überbeanspruchenden Länder (was impliziert, dass die Gerechtigkeitsfrage auch in den Ländern entsprechend gelöst werden muss, die zwischen den Bevölkerungsschichten ein solches Gefälle aufweisen). Berechnungen gehen davon aus, dass die Reduktion in Europa bei 80 – 90% liegen müsste. Die Größenordnung macht deutlich, dass ein solches Ziel nicht nur durch effizientere Energienutzung, die Ausweitung kohlenstoffarmer, erneuerbarer Energien und neue Technik erreicht werden kann. Nötig ist eine Steigerung der Suffizienz, die Umkehr der gesamten Lebensweise.

¹¹ M. Vogt, Klimawandel und Gerechtigkeit unter: hle/christl_sozialethik/personen/vogt , S. 1

¹² Klima der Gerechtigkeit. Die entwicklungspolitische Plattform der Kirchen, Entwicklungsdienste und Missionswerke, 2008, S. 6

Damit wäre aber die Gerechtigkeitslücke noch nicht geschlossen. Durch den unbegrenzten Ressourceneinsatz sind die Industrienationen nicht nur reich geworden; sie haben außerdem einen technologischen Vorsprung, der aufgrund der damit verbundenen Möglichkeit zur höheren Effizienz selbst bei gleichem Energieeinsatz unterschiedliche Lebensstandards zur Folge hätte. Während die Industrienationen für sich Konzepte für ein Wirtschaften ohne Wachstum entwickeln müssen¹³, ist in den Ländern des Südens eine Armutsminderung ohne wirtschaftliches Wachstum nicht zu erreichen. Die Herausforderung, die nicht ohne das zur Verfügung stellen von know how bewältigt werden kann, ist ein Wachstum ohne die bekannten negativen Umwelt- und Klimaauswirkungen.

4. Über Verständigungsschwierigkeiten über eine ökologische Gerechtigkeit

Der bereits eingetretene und sich für die Zukunft abzeichnende Klimawandel hat eine Dimension, die das Recht auf physische Unversehrtheit von Milliarden Menschen tangiert. In der Umkehrung bedeutet dies, dass die Reduktion der Treibhausgase ein Menschenrecht darstellt. Dieses Menschenrecht befindet sich allerdings derzeit in unmittelbarer Konkurrenz mit anderen Grundrechten. So folgt die Armutsbekämpfung, auch die der von der Klimaveränderung besonders betroffenen Staaten, nach wie vor den Schritten, die zur Entwicklung der Industrienationen geführt haben. Sie ist mit der intensiven Nutzung fossiler Energien verknüpft, deren tatsächliche Kosten nicht unmittelbar zu Buche schlagen. Die Folgekosten des immer weiter steigenden Rohstoffverbrauchs werden, wie sich jetzt zeigt, seit Beginn der Industrialisierung nur ausgelagert bzw. vor sich her geschoben. Dabei ist unstrittig, dass Armutsbekämpfung und Klimaschutz keine Alternativen sein dürfen, sondern dass eine dauerhafte Armutsbekämpfung ohne Klimaschutz nicht zu erreichen ist¹⁴. Klimaschutz ist deshalb ein immer wichtiger werdender Aspekt der Armutsbekämpfung. Über die Vereinbarkeit beider Ziele gibt es bei den Entwicklungsorganisationen inzwischen einen Konsens, und auch die technischen Möglichkeiten sind gegeben¹⁵.

Dieser theoretischen Erkenntnis folgt die Praxis allerdings bestenfalls verhalten, weil – anders als Klimaschutzmaßnahmen, die erst langfristig und indirekt Wirkung zeigen – die traditionellen Methoden der Armutsbekämpfung durch Überwindung der

¹³ Die gegenwärtige Wirtschaftsweise setzt stetiges Wachstum voraus, das immer höheren Ressourcenverbrauch bedeutet. Das häufig vorgebrachte Argument, dass Umweltschutz Arbeitsplätze schafft, stimmt zwar derzeit, da beispielsweise der Markt mit der Erzeugung regenerativer Energien überproportional wächst. Dafür wird allerdings in Kauf genommen, dass eine nicht geringe Ressourcenmenge eingesetzt wird, um Ressourcen einzusparen. Um das Ziel, den Ressourcenverbrauch auf ein verträgliches Maß zu reduzieren, nicht ad absurdum zu führen, kann es sich realistisch nicht um einen Markt handeln, der alles zu kompensieren vermag. Das mit weniger wirtschaften Müssen wird zwangsläufig unsere Ökonomie und unsere gesamte Lebensweise nachhaltig beeinflussen.

¹⁴ Die Entwicklungshilfeorganisationen stellen fest, dass die Erfolge von jahrzehntelanger Arbeit durch den Klimawandel teils bereits zunichte gemacht oder akut bedroht sind.

¹⁵ So war ein Fazit der Entwicklungspolitischen Konferenz in Hermannsburg 2007: „Wir wissen alles, wir müssen es nur noch tun!“

Energiearmut mit vertrauter Technik in ihrem Erfolg eher sichtbar werden und auch für die Menschen unmittelbar entlastend wirken. Außerdem verweisen die Entwicklungsländer nicht zu Unrecht darauf, dass nicht sie die Verursacher des Klimawandels sind und dass ihre Pro-Kopf-Emission an Klimagasen auf absehbare Zeit auch nicht nur in die Nähe der Industrienationen gelangen wird. Ihnen könne deshalb kein vergleichbarer Beitrag zur Entlastung der Atmosphäre abverlangt werden, zumal der zweifelsohne vielfach ineffektive Energieeinsatz und die Übernutzung der Ressourcen mit katastrophalen ökologischen Folgen armutsbedingt sei. In der Tat besteht hier ein Teufelskreis.

Aus den Industrienationen wird umgekehrt mit Berechtigung darauf verwiesen, dass allein schon aufgrund der Bevölkerungszahlen die seinerzeit noch nicht bekannten Langzeitfolgen der schnellen Industrialisierung als Mittel der Armutsbekämpfung nicht noch einmal in Kauf genommen werden könnten, ohne dass es zum ökologischen Kollaps komme. Die damit verbundene Forderung, dass anderen nicht das Recht wahrnehmen dürfen, das man für sich selbst lange wie selbstverständlich in Anspruch genommen und damit die eigene Armut überwunden hat, wird ethisch dadurch nicht einfacher, dass die Länder des Nordens diese Konsequenz immer noch nicht für sich selbst ziehen, sondern in der Wahl ihrer Methoden zur Bewältigung ihrer Krisen, wie derzeit zu beobachten, weitgehend ökonomisch und damit kurzfristig orientiert sind.¹⁶

Klimaschutz liegt im Interesse aller Menschen, und für den Klimaschutz steht die Menschheit, so die UN-Klima-Rahmen-Konvention von Rio 1992, die den Auftakt der Bemühungen um eine CO₂-Reduktion darstellt, in gemeinsamer, aber unterschiedlicher Verantwortung („common but differentiated responsibility“). Eine CO₂-Gerechtigkeit entbindet niemanden von Verantwortung, hat aber zu berücksichtigen, bei wem die Ursache für die Erderwärmung zu suchen ist und wer welche technischen, politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten hat, sie einzudämmen. Faktisch gibt es aber keinen Konsens darüber, wie zwischen Armutsbekämpfung und Klimaschutz ausbalanciert werden kann und wie die Lasten des Klimaschutzes zu verteilen sind¹⁷. Vorausgesetzt, dass eine „Klärung“ nicht dadurch zustande kommen darf, dass der Norden seine Dominanz ausspielt, ist, da Interessen und Betroffenheit vollkommen unterschiedlich geartet sind, eine Überwindung nur auf Grundlage einer geteilten Ethik möglich, deren Ausgangspunkt wie folgt formuliert werden kann: „Der Klimawandel erinnert uns nachdrücklich an das Einzige, was wir alle gemeinsam haben – unseren Planeten, die Erde“¹⁸.

¹⁶ Sie setzen sich damit dem Verdacht entgegen, die ökologische Argumentation für den Verteilungskampf um Rohstoffe zu missbrauchen.

¹⁷ Schon in der Beurteilung der Frage, ob denn die Industrienationen für die Nutzung der Atmosphäre seit Beginn der Industrialisierung oder erst seit bekannt werden der Folgen des CO₂-Anstiegs in der Atmosphäre Ausgleichszahlungen zu leisten haben (also spätestens seit Beginn der 90er Jahre) und ob den klimatisch rauerer Ländern nicht mehr Rechte eingeräumt werden müssten, gehen die Meinungen weit auseinander.

¹⁸ UNDP 2007,11, zitiert nach Vogt, Klimawandel, S. 2

Die Erde ist unser gemeinsamer oikos. Wie begrenzt der Raum ist und wie eng das Zusammenleben entgegen allem empfundenen Abstand geworden ist, zeigt der weltweite Warenverkehr ebenso wie die globale Auswirkung der regionalen CO₂-Emissionen. Zusammenleben aber funktioniert nur, wenn es eine Basis über die wahrzunehmende Verantwortung und eines redlichen Umgangs miteinander gibt. Die Gleichbehandlung aller Länder kann nur das Ziel, nicht aber der Ausgangspunkt sein, da die Voraussetzungen zu unterschiedlich sind. Auf der Seite der Verantwortung sind an allererster Stelle die Industrienationen gefordert als die, die das Problem verursacht haben, die die Möglichkeiten in den Händen haben, das Problem zumindest zu begrenzen, und die durch ihr wirtschaftliches und politisches Schwergewicht den Ländern des Südens positiv wie negativ den Handlungsrahmen vorgeben. Den Ländern des Südens muss deshalb das Recht auf Entwicklung zugestanden werden, das vom Recht auf ökonomisches Wachstum, wie ihn der Norden für sich wie selbstverständlich in Anspruch nimmt, unterschieden werden muss. Sie müssen ein Recht auf Erfüllung von Grundbedürfnissen (basic needs) haben, für die auch eine vermehrte Nutzung fossiler Energien und damit ein vermehrter CO₂-Ausstoß legitim sein muss.¹⁹ „While people remain poor, it is unacceptable and unrealistic, to expect them to focus their valuable resources on the climate change crisis.“²⁰ Aus ökologischen Gründen und um der Menschen willen, denen als Mittel der Armutsbekämpfung eben der höhere CO₂-Ausstoß zugebilligt werden muss, darf die weltweite Klimabelastung allerdings nicht zunehmen. Die Industrienationen müssen ihre Emissionen also im gleichen Maße reduzieren.

Für eine gerechte Verteilung der Emissionsrechte braucht es Kriterien, die sich an dem ökologisch Notwendigen orientieren und gleichzeitig realistische Ziele darstellen. Bei der gegenwärtigen Weltbevölkerungszahl²¹ können bis zu 2 t CO₂ pro Kopf absorbiert werden; in Deutschland werden aber über 10 t produziert²². Eine Reduktion um 80%²³ ist unumgänglich, wenn sowohl der ökologischen Notwendigkeit als auch der Gerechtigkeit genüge getan werden soll. Außerdem muss die Reduktionsvorgabe

bis spätestens Mitte des Jahrhunderts erreicht sein, um das eigentliche Ziel zu erreichen, die Erderwärmung auf 2°C bis zu begrenzen.²⁴ Dieses wieder um Ressourcenutzung gerade in den Ländern des Südens sehr ausgeprägt ist. Eine sehr schmale Schicht profitiert auf diesem Wege von der (Energie-)Armut der Bevölkerungsmehrheit.

²⁰ *Süden/Armut*, Katha 2007,5, zitiert nach Vogt, Klimawandel, S. 8

²¹ Da mit einem weiteren Anstieg der Weltbevölkerung zu rechnen ist, würde in einem Klimakonzept auch eine Regelung Eingang finden müssen, ob das Wachstum in die Verantwortung des jeweiligen Staates fällt, der dann entsprechend weniger Emissionsrechte pro Kopf zu vergeben hat, oder ob das Wachstum in Solidarität von der Weltgemeinschaft getragen werden soll.

²² So der CO₂ Emissionsrechner von Brot für die Welt

²³ Vergleichspunkt ist die durchschnittliche Temperatur vor Beginn der Industrialisierung

²⁴ Ob dieses an sich schon ehrgeizige Ziel tatsächlich ausreicht, ist bereits umstritten. Es ist leider fast eine Faustregel, dass jede neue Berechnung, die auf immer genaueren Zahlen basiert, den noch zur Verfügung stehenden Zeitraum immer weiter schrumpfen lässt.

²⁵ Klima der Gerechtigkeit. Die entwicklungspolitische Plattform der Kirchen, Entwicklungsdienste und Missionswerke, S. 4

Wirkliche Gerechtigkeit wird nicht herbeizuführen sein, da nie alle Faktoren, die das Klima beeinflussen, in einem System zusammengefasst werden können. Nach wie vor werden beispielsweise riesige Waldflächen vernichtet, was bei Brandrodung an sich schon eine hohe Emissionsbelastung darstellt. Gravierender ist, dass diese Wälder nicht mehr als CO₂-Speicher zur Verfügung stehen. Es braucht also langfristig verbindliche Vereinbarungen darüber, wie ein Verzicht auf Abholzen, wodurch global genutzte Speicherkapazitäten erhalten bleiben um den Preis, dass unter Umständen wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten auf Basis des Rohstoffes Holz nicht realisiert werden, als Beitrag zur Klimarettung zu veranschlagen ist. Je nach Blickwinkel tun sich hier sehr unterschiedliche Sichtweisen auf. Ungeklärt ist auch, wie der internationale Verkehr durch Flüge²⁶ und Schifffahrt, der auch nicht eindeutig bestimmten Ländern zugewiesen werden kann, einbezogen werden kann. Und je nach Entscheidung, ob im industriellen Bereich die Emissionen den die Rohstoffe liefernden, den sie verarbeitenden Ländern oder dem konsumierenden Land angerechnet werden, tun sich andere Ungerechtigkeiten auf.

Wie in jedem oikos ist Gerechtigkeit ein relativer Begriff, über dem das Gesamtziel, die Erde auch den nachkommenden Generationen als Lebensraum zu erhalten, nicht verloren gehen darf. Dazu sind maximale CO₂-Emissionen von besagten durchschnittlich 2 t pro Kopf ökologisch verträglich.²⁷ Das Gerechtigkeitsziel muss ein weltweit egalitäres Nutzungsrecht an der Atmosphäre sein.

Das Konzept von Contraction and Convergence (C&C), also Reduktion und Annäherung nimmt die gegenwärtige Verteilung der Emissionen als Ausgangspunkt des Reduzierungsprozesses (Grandfathering), um sich sukzessive diesem Wert anzunähern. Der Vorteil ist, dass es den hoch emittierenden Ländern einen Übergang anbietet, der den Einstieg leichter macht und in gewissem Sinne einen Eigentumsschutz gewährt.²⁸ Die bestehenden Ungerechtigkeiten werden in diesem Konzept übergangsweise zur Kenntnis genommen, ohne sie zu billigen. Trotzdem ist das Konzept – wie jedes globale System – nicht kurzfristig umsetzbar, da die Interessengegensätze noch unüberbrückbar sind. Ihm kann allerdings eine Leitbildfunktion für die aktuelle Klimapolitik zuerkannt werden.²⁹ Das C&C-Konzept ist dasjenige, das mit dem Gerechtigkeitsargument ansetzt und deshalb eine ethische Grundlage hat.

²⁶ Ein Beispiel für die Dimension allein des (von Kerosinsteuer nach wie vor befreiten) Flugverkehrs: Die Entfernung zwischen Frankfurt und Kapstadt beträgt 9446 km. Für den Hin- und Rückflug fallen 6820 kg CO₂ pro Fluggast an (so nach dem Rechner von atmosfair). Die Kompensationskosten belaufen sich auf 158 €. PKW fahren in Deutschland gut 13.000 km pro Jahr, was nach dem Emissionsrechner von Brot für die Welt etwa 2.000 kg CO₂-Emissionen im Schnitt aller Fahrzeuge bedeutet. Die CO₂-Belastung einer Reise nach Südafrika entspricht der von dreieinhalb Jahren Fahrten mit dem Auto (sechseinhalb Jahre bei einem Kleinwagen Diesel, unter zwei Jahren mit einem Geländewagen 4/4 Diesel).

²⁷ Die gleichen Vorgaben gelten grundsätzlich auch für Südafrika, dessen CO₂-Emissionen pro Kopf ca. 10% unter denen Deutschlands liegen.

²⁸ Nach Vogt, Klimawandel, S. 12

²⁹ So Bischof Huber, Es ist nicht zu spät für eine Antwort auf den Klimawandel. Ein Appell des Ratsvorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, EKD Texte 89, Hannover 2007, S. 11f.

Ein rein pragmatischer Weg wird mit dem Emissionshandel beschritten. Konsequenterweise angewandt, verhindert er die Externalisierung von Kosten und wird schon deshalb zu einer Emissionsreduktion beitragen, die zusätzlich erhöht wird, wenn Erträge dieses Handels in Emissionsreduktion investiert werden. Ethisch ist der Emissionshandel allerdings problematisch. Allein schon die Schaffung eines Marktwerts für ein Allgemeingut, das nicht länger missbraucht, sondern endlich geschützt werden soll, leistet einer rein ökonomischen Betrachtungsweise der Welt weiter Vorschub. Der Vorteil dieses Systems besteht andererseits auch gerade hierin, da dem, was einen Marktwert besitzt, auch von rein ökonomisch denkenden Menschen am ehesten ein Wert zuerkannt wird, den es zu erhalten gilt. Derzeit wird der Emissionshandel allerdings noch dadurch beschädigt, dass kein wirklicher Markt vorhanden ist und Zertifikate gratis verteilt werden. Wie jeder Markt – der weitgehend neoliberalen Vorstellungen folgende Weltmarkt ist das beste Beispiel dafür, dass nur Marktregeln eklatante Ungerechtigkeiten verhindern können – braucht auch der Emissionshandel Regeln, damit er sein Ziel erreicht. Er ist zuallererst ein politisches Instrument, das danach nicht sich selbst überlassen werden darf, sondern weiter politisch kontrolliert sein muss. Der Emissionshandel darf also nicht einem freien Wettbewerb ausgesetzt sein, sondern muss unter vorgegebenen Rahmenbedingungen stattfinden. Wie alle Modelle hat auch der Emissionshandel das Problem, dass ein äußerst komplexer Regelmechanismus notwendig ist, um Missbrauch und Schlupflöcher zu verhindern. Drei Grundregeln scheinen unabdingbar:

- Sinn für das Klimaziel macht ein Emissionshandel nur, wenn die Kosten für die Vermeidung von Emissionen unter denen der Zertifikate liegen.
- Der Emissionshandel darf nicht den Charakter von Ablasshandel bekommen, indem man sich von ökologischen Sünden freikaufen kann. Hilfreich sind Vorgaben, dass Reduktionsverpflichtungen im jeweiligen Land erfüllt werden müssen, um einen nachhaltigen ökologischen Nutzen zu erzielen.
- Eine Beschränkung des Emissionsverkaufs durch Entwicklungsländer schützt das Recht ihrer Armen auf Entwicklung, deren Energiearmut ansonsten zum Kapital der Führungsschicht mutieren kann.

6. Über die benötigten Akteure

Angesichts seiner Dimension bedeutet der von Menschen herbeigeführte Klimawandel zuallererst eine politische Verpflichtung. Die Aufgabenstellung an die Politik ist mit dem Klimaziel, die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf durchschnittlich zwei Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen, klar definiert. Um das Ziel erreichen zu können, fehlen allerdings noch viele politische Akteure. In der EU gibt es viel versprechende, wenn auch noch lange nicht ausreichende Ansätze. Dass die Länder Europas, dem Ursprungskontinent der Industrialisierung, den Klimaschutz trotz der alle anderen Themen zurückdrängenden Finanzkrise noch weit oben in ihrer Agenda angesiedelt haben, um auch andere Länder dazu zu bewegen, ist ein wichtiges Zeichen. Eine Lösung des Klimaproblems

allerdings kann nur über einen globalen Gesellschaftsvertrag gelingen. Entscheidend wird sein, ob sich die USA und China für ein Ziel gewinnen lassen, dessen Gelingen weltweite Solidarität voraussetzt. Denn Vereinbarungen ohne die großen Emittenten werden das notwendige Klimaziel verfehlen. Notwendig wäre eine Autorität, die das Klimaziel als Menschenrecht gegen nationale Egoismen und Eigeninteressen von Regierungen bzw. die sie beeinflussenden Lobbyisten durchzusetzen vermag, die unabhängig und trotzdem durch die Weltgemeinschaft kontrolliert ist. Die UNO versucht sich – nicht ohne Erfolg – auf dem Gebiet, doch letztlich ist sie auch beim Klimaschutz nicht die unangefochtene und neutrale Organisation, die die Staatengemeinschaft braucht, um globale Probleme zu lösen.

7. Über traditionelle und neue Antworten auf die neue Herausforderung durch die Klimaveränderung

Ein egalitäres Nutzungsrecht an der Atmosphäre, das dem Klimaschutz gerecht wird, verlangt allen Menschen einen kohlenstoffarmen Lebensstil ab. „Klimaschutz kann nur durch einen gesellschaftlichen Kurswechsel erreicht werden. Grundlegende Veränderungen sind nötig und zwar in allen Politikfeldern und auf allen Politikebenen – national wie international, in Wirtschaft und Gesellschaft sowie im privaten Bereich. Der Übergang von einem „fossilen“ Zeitalter scheinbar grenzenlosen Wachstums zu einer kohlenstoffarmen, umwelt- und sozialverträglichen Weltwirtschaft besteht primär nicht aus einer technologischen Revolution. Es bedarf auch eines tief greifenden kulturellen Wandels, einer Abkehr von Entwicklungsmodellen, die auf Wachstum beruhen, und dies besonders in den Industrieländern.“³⁰ Dieser Übergang in ein nachfossiles Zeitalter wird jedoch vielfach hinausgezögert. Der „Stern-Review“ von 2006 spricht hier vom „größten Marktversagen in der bisherigen Geschichte“, da bei raschem Handeln die schlimmsten Folgen des Klimawandels mit ca. 1% des globalen Bruttoinlandsprodukts bewältigt werden könnten, bei Nichthandeln sich die Kosten aber auf 5 – 20% belaufen werden.³¹ Gründe für dieses Marktversagen können sein, dass Unternehmen und Verbraucher tendenziell am Gewohnten und damit scheinbar Sicherem festhalten, dass das Kapital fehlt und dass das globale Gesamtinteresse nicht mit Einzelinteressen identisch ist, zumal diese nach wie vor kurzfristig beurteilt werden.

- Die Kernkraft wird als angeblich CO₂-neutrale Form der Energiegewinnung als

³⁰ Klima der Gerechtigkeit, Die entwicklungspolitische Plattform, S. 4

³¹ N. Stern, The economics of climate change, Cambridge u.a., 2007, zitiert nach Vogt, Klimawandel, S. 2f.

³² Hans Diefenbacher, Kernenergie und Klimaschutz, 2008,

zukunftsträchtig dargestellt. Doch auch abgesehen davon, dass die Gefahren der Atomkraft durch Störfälle und Terrorismus nach wie vor bestehen bzw. zugenommen haben und die Risiken durch einen weiteren Ausbau der Kernenergie nur zunehmen, stellt die Atomkraft keine Alternative dar – erst recht nicht, um den Energiehunger der Schwellenländer zu stillen und den für die Armutsüberwindung notwendigen Bedarf der Entwicklungsländer zu erfüllen. „Uran (ist) eine nicht erneuerbare, damit endliche Ressource. Beim gegenwärtigen Verbrauch und den heutigen Gewinnungskosten reichen die Uranreserven derzeit noch für etwa 35 bis 40 Jahre. Ohne Wiederaufbereitung ist Kernkraft eine Übergangstechnologie; ein zusätzlicher Ausbau – mit anderen Worten: jede Inbetriebnahme eines zusätzlichen Kernkraftwerks – verkürzt die Zeitspanne, in der Uran zur Verfügung steht. ... Wollte man die Stromversorgung der Länder des Südens – einschließlich China – derjenigen des Nordens angleichen, müsste die Zahl der Kernkraftwerke, sofern man den europäischen Stromerzeugungsmix weltweit realisieren wollte, dort von derzeit ca. 50 GW installierter Leistung auf weit über 50.000 GW steigen – dies käme einem Zuwachs um einen Faktor 1.000 gleich.“³² Außerdem ist die atomare Brennstoffkette in ihrer Gesamtheit nicht CO₂-neutral; der CO₂-Ausstoß liegt deutlich über dem von erneuerbaren Energien und auch noch über dem effizienter Gaskraftwerke.^{33 34}

- Da das Einsparpotential im Verkehr bei gleichem Volumen sehr begrenzt ist, wurde ein möglichst klimaneutraler Treibstoff gesucht und im „Biosprit“ gefunden. Doch diese Art der Treibstoffgewinnung ist weder ökologisch noch sozial verträglich. Die Bio- oder besser Agrospritproduktion geschieht in den Ländern des Südens in Monokulturen auf Flächen, die dafür entwaldet worden sind, oder auch in Flächennutzungskonkurrenz zum Anbau von Nahrungsmitteln. Durch den großen Flächenverbrauch und den Eingriff in die Ökosysteme werden insbesondere die Kleinbauern geschädigt und in ihrer Existenz gefährdet. Nicht zuletzt aufgrund der Flächennutzungskonkurrenz zwischen Nahrungsmitteln, Futtermitteln und Energiepflanzen (food, feed, fuel) sind die Preise für Nahrungsmittel explodiert. Außerdem hat der Anbau von Energiepflanzen die Spekulation mit Agrarprodukten angeheizt, was die Nahrungsmittel nochmals in die Höhe hat schnellen lassen. Beides sind Ursachen der Welternährungskrise. Agrosprit ist nicht als wirksamer Beitrag zur Reduktion von Klimagasen geeignet und vergrößert die Gerechtigkeitslücke zwischen Nord und Süd.

³² S. 2

³³ Klima der Gerechtigkeit, Die entwicklungspolitische Plattform, S. 7

³⁴ Auf neue Technologien wie die Sequestrierung, die Abscheidung und Speicherung von CO₂ (CCS), soll hier nicht eingegangen werden, weil viel Zweifel angebracht ist, ob sie tatsächlich Alternativen bieten. Die Behauptung einer langfristig sicheren Lagermöglichkeit beispielsweise erinnert an die Behauptung sicherer Endlagermöglichkeiten in der Atomdebatte. Aufgrund der Endlichkeit der Rohstoffe kann es sich auch nur um eine Übergangstechnologie handeln mit noch nicht absehbaren Kosten – auch für die Umwelt, da mit ihrer Anwendung wiederum die Effizienz der Kraftwerke drastisch geringer ausfällt.

- Ein großes Einsparpotential bietet zweifelsohne Effizienzsteigerungen in Industrie, Haushalt, Verkehr und bei der Energiegewinnung. Optimierte Produktionsabläufe, gute Wärmedämmung, sparsame Motoren und Kraft-Wärme-Kopplung reduzieren die Belastung der Atmosphäre mit Treibhausgasen, allerdings bei weitem nicht im nötigen Umfang. Außerdem werden Effizienzsteigerungen häufig durch andere Steigerungen wie eine erhöhte Produktion oder höhere Motorenleistung wieder zunichte gemacht.

„Aus ökologischer Perspektive ist davon auszugehen, dass der Verbrauch natürlicher Ressourcen langfristig und in einem ausreichenden Maße nur gesenkt werden kann, wenn technologische Effizienz- mit verhaltenswirksamen Suffizienzstrategien zusammenwirken. Beide allein und isoliert voneinander sind unzureichend. Technologische Effizienz ist eine anerkannte Strategie der Umweltpolitik, die Idee einer suffizienten, das heißt genügsamen Lebensweise stößt hingegen oftmals auf Widerstand.“³⁵ Durch Delegieren an entsprechende Fachleute, denen die Umsetzung überlassen wird – das bedeutet Effizienzsteigerung letzten Endes -, lassen sich die Klimaziele bei egalitären Nutzungsrechten der Atmosphäre nicht verwirklichen. Hinzukommen muss Suffizienz, die einen gesellschaftlichen Wertewandel voraussetzt. Wenn er erfolgreich sein soll, muss die gesamte Gesellschaft zu ihm angestoßen werden. „Er braucht individuelle und kollektive Antworten auf genuin ethische Fragen nach den Zielen, Grenzen und Bedingungen von Wohlstand: Wie viel ist genug? Was sind die vorrangigen Werte des Fortschrittsstrebens? Wie sind die Lebenschancen von Menschen in unterschiedlichen Erdteilen gerecht zu verteilen? Wie kann in einer Demokratie die Berücksichtigung langfristiger Interessen sichergestellt werden?“³⁶

„Nötig ist ... ein einschneidender Mentalitäts- und Bewusstseinswandel in der Gesellschaft insgesamt und insbesondere bei den Verantwortungsträgern in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Eine Wende hin zu einer wirklich dauerhaft naturverträglichen Wirtschafts- und Lebensweise verlangt eine Umkehr, die in der Sprache der Bibel *metanoia*, also „Umdenken“ heißt. Ein solches Umdenken kann eine heilsame und befreiende Wirkung entfalten, erfordert aber auch, sich die dunklen Seiten in der bisherigen Grundhaltung unserer Kultur gegenüber der kreatürlichen Mitwelt und gegenüber anderen kulturellen Formen des Umgangs mit ihr bewusst zu machen.“³⁷

8. Über den Suffizienzgedanken und die *metanoia* in der Theologie

³⁵ Ernährungssicherheit vor Energieerzeugung – Kriterien für die nachhaltige Nutzung von Biomasse. Eine Stellungnahme der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung, EKD-Texte 95, 2008, S. 30

³⁶ Vogt, Klimawandel, S. 16

³⁷ Huber, Es ist nicht zu spät, S. 13

Der Suffizienzbegriff ist mit dem theologischen Begriff der metanoia nicht identisch. In den ersten Summarien der Worte Jesu zu Beginn seiner Wanderschaft durch die Orte Galiläas findet sich das Wort metanoia als sein Ruf zur Umkehr oder Buße (Mt 4,17). Theologisch ist metanoia Antwort auf Einsicht in die durch Christus geschehene Befreiung von Sünde oder, positiv formuliert, das Anerkennen Gottes als Herrn allen Lebens. Metanoia ist deshalb kein rein ethischer Begriff, sie kann aber aus Dankbarkeit für die Erlösung nicht ohne ethische Konsequenzen sein. Metanoia geschieht, wenn der Mensch auf die Einsicht in die Existenz Gottes antwortet und durch sein Leben anerkennt, was Axiom jeder Theologie ist: Dass dem Menschen durch Gottes Existenz Grenzen gesetzt sind. Der Mensch wird also um Gottes und der Menschen willen Grenzüberschreitungen wieder rückgängig zu machen bemüht sein – so auch die, dass er sich zu einer den Schöpfer verdrängenden Ordnungsmacht über Mensch und Umwelt aufgeschwungen hat, woran er scheitern musste. Metanoia ist dabei kein einmaliger Akt, sondern immer neue Einsicht, wo sich der Mensch überall an Gottes Stelle gesetzt hat – selbst mit Hilfe der Theologie: So wurde Gen 1,28 als Legitimation herangezogen, um ohne Rückbindung an den Schöpfer wie ein absolutistischer Herrscher über die Welt die Schöpfung nach eigenen Vorstellungen zu gestalten. Durch den Ausschluss Gottes ist es zu einer Fehlinterpretation des biblischen Verständnisses von menschlichem Herrschen gekommen. „Als Herrscher kann derjenige bezeichnet werden, der eine Prozession anführt, oder der Hirte, der seine Herde leitet, auch dies ein Bild von Herrschaft, aber eben keine beliebige, sondern eine, deren primäres Merkmal Fürsorge ist. Das gilt auch für den König: Er ist zuständig dafür, dass unter seiner Herrschaft Leben gedeiht. Insgesamt müsste man also übersetzen: »Seid fruchtbar und mehret euch, nehmt die Erde in Besitz und tragt Fürsorge für alles Leben auf ihr.«³⁸ Diese Beauftragung zur Fürsorge, die ja beinhaltet, dass die Schöpfung noch nicht an ihr Ziel gekommen ist und auch nicht unantastbar ist – der Mensch darf in sie eingreifen, um sie zu nutzen –³⁹, setzt gleichzeitig die Grenze im Umgang mit der Schöpfung. „Eine schöpfungs- beziehungsweise mitwelt-gerechte Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, die die Grundlage eines solchen Umdenkens bildet, ist bereits in den alttestamentlichen Schöpfungstexten selbst angelegt, wie eine neue Beschäftigung mit diesen Texten zeigt. Dieses neue Verständnis der biblischen Schöpfungsberichte bietet eine theologische Orientierungshilfe für die Entscheidungen, die angesichts des Klimawandels anstehen. Folgende Gesichtspunkte seien genannt:

- Die Aussagen zur Gottebenbildlichkeit des Menschen (1. Mose 1,26f) verstehen den Menschen als irdisches Organ des Wirkens Gottes in der Schöpfung. Der Mensch wird als Stellvertreter und dialogfähiger Repräsentant der kontinuierlichen und fürsorgenden Herrschaft Gottes gesehen. Der Auftrag des Schöpfers weist dem Menschen die Mitverantwortung für eine gedeihliche Nutzung und lebensfördernde Bewirtschaftung der von Gott geschaffenen Lebensräume zu. Vor Gott hat er die Wahrnehmung dieses Auftrags zu verantworten.

³⁸ Gerhard Monninger, Fürsorge für alles Leben, in EZ Thema, S. 14

³⁹ Gerhard Liedke spricht deshalb auch nicht von der Bewahrung der Schöpfung, sondern der Befreiung der Natur (Gerhard Liedke, Schöpfung ist nicht gleich Natur, in www.reformiert-info.de/1629-0-56-3.html)

- Die Schöpfungserzählung von 1. Mose 1 ist auf Gott ausgerichtet; sie vergegenwärtigt das universale Wirken Gottes in der Schöpfung und ihrer Geschichte. Dieses Wirken endet mit der Schaffung des Sabbats, des Ruhetags (vgl. 1. Mose 2,1-4). In diesem Rahmen erkennt sich der Mensch in zweifacher Hinsicht als Geschöpf Gottes. Einerseits wird er als Mann und als Frau zusammen mit dem Vieh und den großen Landtieren erschaffen und teilt mit ihnen den Lebensraum der Erde (1. Mose 1,24-30). Andererseits ist er das einzige Geschöpf, das mit Gott kommunizieren und von ihm angesprochen werden kann (vgl. V. 29f). Das begründet seine Sonderstellung in der Schöpfung und befähigt ihn dazu, seine Mitverantwortung für gedeihliche Lebensverhältnisse sowie sein Mandat zur fürsorgenden Herrschaft über die Erde in Verantwortung vor Gott wahrzunehmen.

- Dementsprechend ist der biblischen Schöpfungserzählung nicht eine Ermächtigung zur schrankenlosen Ausbeutung der Natur zu entnehmen, sondern eine Segensverheißung, der die Menschen gerecht werden sollen und können. Freilich wird dieses Mandat zur fürsorgenden Herrschaft unter Bedingungen im Verhältnis zwischen Mensch und Natur formuliert, die sich von den heutigen Verhältnissen grundlegend unterscheiden. Das Herrschaftsmandat an den Menschen steht in diesem Zusammenhang ganz im Dienst der Segensmehrung und des lebensdienlichen Wohlergehens im Gegenüber zu einer übermächtigen Natur und einer bedrohlichen Tierwelt. Die dem Menschen heute offen stehenden Möglichkeiten dazu, auf die Natur einzuwirken, reichen dagegen über die zu biblischer Zeit gegebenen Möglichkeiten weit hinaus. Doch die damit gegebene Erweiterung menschlicher Gestaltungsmöglichkeiten verbindet sich mit neuen Gefahren. Heute regen sich mit dem von Menschen mit verursachten Klimawandel die Chaosmächte wieder, die nach dem biblischen Schöpfungsbericht am zweiten und dritten Schöpfungstag gebannt und reguliert werden (vgl. 1. Mose 1,6-13). Dass solche Chaosmächte auch in der Schöpfung auftreten können, veranschaulicht die biblische Sintflutgeschichte (1. Mose 6-8). Sie führt vor Augen, was geschehen kann, wenn die Menschen ihrem regulativen Herrschaftsmandat durch Fehlorientierung (1. Mose 6,5) und das gewaltsame Austragen von Konflikten (1. Mose 6,11-13) nicht gerecht werden. Heute bedenken wir diese Erzählung angesichts der erdgeschichtlichen Dimension des Klimawandels, der noch in diesem Jahrhundert das Gesicht der Erde verändern, ja sogar entstellen könnte.⁴⁰

„Gerade wir Christinnen und Christen werden uns nach dem für uns und alle Menschen verträglichen Maß unseres Konsums fragen müssen. Und wir werden uns fragen müssen, wie wir einen Lebensstil etablieren können, der sich in kurzer Zeit einem Ressourcenverbrauch anpasst, der nachhaltig wäre und allen Menschen zugebilligt werden könnte.

Mäßigung und Genügsamkeit, alte christliche Tugenden, sind auch heute gefragt. Unser Lebensstil sowohl als Kirche (als Institution) als auch als Christinnen und Christen hat sowohl Einfluss auf unsere eigene Befindlichkeit als auch auf unsere äußere Glaubwürdigkeit.

⁴⁰ Huber, Es ist nicht zu spät, S. 14f.

Dabei ist uns bewusst, dass die Lebensstilfrage auf keinen Fall in einen Gegensatz zur Notwendigkeit politischen Handelns geraten darf... Es bedarf also sowohl mutiger, zeitnaher politischer Entscheidungen, um Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit zu gewährleisten als auch der Suche nach angemessenem individuellen und institutionellen Verhalten von uns Christinnen und Christen.“⁴¹

9. Über die Konsequenzen

Um das Ziel einer Klimagerechtigkeit auf einem für alle bewohnbaren Planeten zu erreichen, sind im Grunde „nur“ vier Konsequenzen nötig:

- Es muss sofort gehandelt werden.
- Es muss überall gehandelt werden.
- Es muss radikal gehandelt werden.
- Es muss „zwischen-gehandelt“ werden.

Was aus diesen Konsequenzen folgt, kann nur angerissen werden:

Über die Ansatzmöglichkeiten der Politik

Ohne diese Konsequenzen zu ziehen wird das Klimaziel, wenigstens die sich immer deutlicher abzeichnende klimabedingte Weltkatastrophe gerade noch zu vermeiden, nicht zu erreichen sein. Es handelt sich also um eine weltpolitische Aufgabe. Die Notwendigkeit zu sofortigem Handeln lässt keine Zeit zu Verhandlungen, bis sich „alle Welt“ auf einen Aktionsplan geeinigt hat. Darüber aber darf das Ziel, dass überall gehandelt wird, nicht aus dem Auge gelassen werden. Die Begrenzung des Klimawandels ist das Thema auf der internationalen Agenda, das mit dem größten Nachdruck betrieben werden muss. Der Klimawandel ist das folgenreichste Problem der Menschheit, von dem kein Mensch ausgenommen sein wird. Zu dessen Lösung wird entscheidend sein, dass insbesondere von den Ländern des Nordens das Paradoxon begriffen wird, dass das Anrecht auf eine Begrenzung des Klimawandels ein so hohes Gut darstellt, dass es als ein Menschenrecht anzuerkennen ist, das die, die es verletzt, auch sich selbst vorenthalten.

Die Durchsetzung dieses Menschenrechts, das nicht einer Freiwilligkeit oder Beliebigkeit anheim gestellt werden darf und das auch die Konsequenz impliziert, dass die Verursacher des Treibhausklimas umgehend für dessen bereits eingetretenen Schäden eintreten müssen⁴², erfordert eine am ehesten bei der UN verankerte Befugnis, die über nationalstaatlichen Interessen steht und die nicht durch Mehrheitsentscheidungen relativiert werden kann. Das entbindet nicht die nationalen Gesellschaften von ihrer Verantwortung zum Handeln auf allen Ebenen bis hin zur Anpassung der individuellen Lebensgestaltung an das, was das

⁴¹ Presseerklärung der Arbeitsgemeinschaft der Umweltbeauftragten in der EKD vom 10.10.2007

⁴² Die Verursacher differenziert zu erfassen stellt eine so umfassende Aufgabe dar, dass sie Schadensregulierungen auf unabsehbare Zeit verzögern würde. Deshalb sind zunächst die jeweiligen Staaten für die in ihrem Land produzierte Pro-Kopf-Menge an Klimagasen an in die Pflicht zu nehmen.

Ökosystem Erde zulässt. Effizienz und Suffizienz müssen sich überall ergänzen. Es gilt aus Sicht des Nordens und der Eliten des Südens zu ertragen, dass sie sich selbst sehr weit zurücknehmen und andere gleichzeitig bei ihrem Weiterkommen unterstützen müssen.

Für die internationale Politik muss auf dem Weg dorthin die Verbindlichkeit der Vereinbarungen spätestens in Kopenhagen erhöht und ein der Dringlichkeit Rechnung tragender Zeitrahmen festgelegt werden.

Folgen für die europäische und deutsche Politik sind, dass die Klimaziele ein Maß an Verbindlichkeit bekommen müssen, dass sie selbst durch extreme Krisen wie die der Finanzen nicht relativiert werden dürfen. Das ist durch die Politik selbst zu vermitteln, die sich derzeit gegenteilig verhält: Dadurch, dass die führenden Politiker in ganz Europa derzeit sich trotz vieler neuer Meldungen und vergleichsweise ausführlicher Berichterstattung der Medien kaum zu dem Thema äußern, fördert die Verdrängung der „unbequemen Wahrheit“.⁴³ Es entsteht der Eindruck, dass der Klimawandel ein nach geordnetes Problem sei. Dieser Eindruck wird durch jegliche Klimaschutzbemühungen konterkarierende Vorschläge zur Wirtschaftskonsolidierung verstärkt. Zur demokratischen Kultur sollte es außerdem wie selbstverständlich gehören, dass „unbequeme Wahrheiten“ wie die, dass unser Wirtschaften eine CO₂-„Blase“ produziert hat, die unsern Lebensstil unhaltbar macht, benannt und nicht kaschiert werden. Viel wäre gewonnen, wenn es einen Konsens unter Demokraten gäbe, dass die entscheidenden Fakten nicht bestritten werden und sich der Streit auf die Wege der Problemlösung beschränkt. Die Politik hat den Bürgerinnen und Bürgern auch zu vermitteln, dass Einschnitte hierzulande erst die Entwicklung in anderen Teilen der Welt ermöglichen, und dass beispielsweise betriebswirtschaftlich unsinnige Schritte wie der, den Ländern des Südens umgehend know-how zu einer klimafreundlichen Technik zur Verbesserung ihrer Lebenssituation zur Verfügung zu stellen, eine sowohl ethisch gebotene Entscheidung als auch die wirtschaftlichere Lösung darstellen.

Über die Ansatzmöglichkeiten der Kirchen

Wenn überall sofort radikal gehandelt und das Schicksal der heute schon vom Klimawandel Betroffenen bedacht werden muss, dürfen Kirchen, Gemeinde und Christen nicht nur die politisch Handelnden an ihre Verantwortung erinnern, sondern müssen selbst Handelnde werden. Im Bereich der Effizienz gibt es im Bereich von Kirchen, Gemeinde- und Pfarrhäusern, kirchlichen Einrichtungen und kirchlicher Mobilität sehr hohen Nachholbedarf, der umgehend aufzuarbeiten ist. Ob sie sich in ihrem Ressourcenverbrauch anpassen oder nicht, ist nicht allein ethisch oder für die

⁴³ Ein paar Schneetage bei eisigen Temperaturen im Januar haben schon ausgereicht, dass inzwischen wieder mehr Menschen nicht mehr glauben wollen, dass der Klimawandel tatsächlich weit fortgeschritten ist. Wenn von Seiten der Politik ähnlich auf die möglichen Konsequenzen hingewiesen würde, wie dies derzeit aus fast allen Bundesministerien zu den möglichen der Finanzkrise geschieht, weil es diverse Rettungspakete zu rechtfertigen gilt, wäre es um das Klimabewusstsein und damit um die politischen Handlungsmöglichkeiten zu einem Klimaschutz, für den auch Nachteile in Kauf genommen werden, vermutlich besser bestellt.

Glaubwürdigkeit ihrer Verkündigung relevant. Der Energieverbrauch der EKD mit allen ihren Einrichtungen in den Gliedkirchen war 1995 so hoch wie der Energieverbrauch in der gesamten Stadt Hannover (ca. 520.000 Einwohner). Die CO₂-Emissionen beliefen sich auf zehn Prozent der CO₂-Emissionen Dänemarks oder waren so hoch wie die der beiden Staaten Kenia und Sudan zusammen.⁴⁴ Das ist weder aus Gründen der Gerechtigkeit hinnehmbar noch mit dem Auftrag der Bewahrung oder Befreiung der Schöpfung vereinbar. In vielen Kirchen wird deshalb ein sich an der europäischen Umwelt-Audit-Verordnung (EMAS II) orientierendes Energie- und Umweltmanagement unter dem Namen „Grüner Gockel / Grüner Hahn“ eingeführt.

Kirchen können weitere Signale setzen, indem sie zu Ökostromanbietern wechseln⁴⁵ und ihre Dächer mit Fotovoltaikanlagen ausstatten. Längst nicht alle Effizienzmaßnahmen kosten Geld, doch geht es nicht ohne Geld, auch wenn sich dieses wieder auszahlt. Aus ethischen Gründen sind die Maßnahmen unvermeidbar und unaufschiebbar – und erreichen die Kirchen in wirtschaftlich sehr schwierigen Zeiten, in denen sie das eine nur tun können, indem sie das andere lassen, und in denen es immer schwieriger wird, Spenden zu erhalten. Sie stellen also eine Herausforderung dar, für die es keine gängige Lösung gibt.

Ganz andere Anforderungen sind durch die Suffizienz gestellt. Gemeinden müssen ihre energieintensive Seinsweise überwinden, indem sie beginnen, sich neu zu organisieren, ihre Erwartungen zu prüfen und so zu einem „Vortrupp des Lebens“ (H. Gollwitzer) werden zu. Es beginnt mit den Wegen zu den Gottesdiensten, bei denen auch bei weiteren Wegen wenn möglich auf das Auto verzichtet wird oder bei denen Fahrgemeinschaften gebildet werden, geht über Überlegungen zur Beheizung der Kirchen im Winter, die Auswahl von Freizeitzielen und die Anlage von Haushaltsrücklagen nach Kriterien eines ethisch und ökologisch verantwortungsvollen Investments bis hin zu Überlegungen, welche Bedeutung bei den Hauptamtlichen dem Zeitfaktor Weg zugemessen werden darf.

Über die Ansatzmöglichkeiten der Gemeindeglieder

Im gemeindlichen Leben tauchen die gleichen Fragen auch, mit denen sich die Gemeindeglieder in allen anderen Lebensbereichen auch konfrontiert sehen. Die Kirchen haben, da der Effizienzgedanke inzwischen weit verbreitet ist und sich teilweise auch mit betriebswirtschaftlichen Überlegungen deckt, dadurch die Chance, den für sie mit der metanoia verbundenen Suffizienzgedanken zu verbreiten und so einer „2-Stufen-Ethik“⁴⁶ entgegenzuwirken. Letztlich geht es um

⁴⁴ Reinhard Benhöfer, Hahnenkampf gegen den Klimawandel, in EZ Thema, S. 47-49

⁴⁵ Das löst zwar noch nicht das Problem der aus einem Mix bestehenden Energieversorgung, da derzeit nur eine Nische von Verbrauchern mit Ökostrom versorgt werden kann. So wird aber immerhin den Betreibern von konventionellen Kraftwerken ein deutliches Zeichen gegeben, dass ihr Produkt nicht gewollt ist und ihnen Kapital entzogen wird, was in aller Regel – wenn auch auf einem gesamteuropäischen Markt erst mit viel Verzögerung – bei entsprechender Nachahmung die gewünschten Auswirkungen auf das Angebot nach sich zieht.

⁴⁶ Etwa im Sinne von „Uns das 5-Liter-Auto, den ‚Ökos‘ das Fahrrad.“

die Entwicklung eines Lebensstils und die Entdeckung eines Lebensinhalts, die sich nicht vom Konsum her bestimmen lassen.

„Ein genügsamer Lebensstil einzelner Menschen liefert natürlich nur einen verschwindend kleinen Beitrag zur Lösung eines größeren Umweltproblems. Die Umkehr zu einem einfacheren Leben kann für viele Menschen befreiend, erleichternd, ja beglückend sein und anderen Menschen als Ermutigung, teilweise sogar als Vorbild dienen. Jedoch dürfen wir bei umweltpolitischen Zielsetzungen nicht aus den Augen verlieren, dass es gesamtgesellschaftlich wenig Sinn macht, wenn nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung versucht, einander in „Suffizienzrekorden“ zu überbieten – während die Mehrheit weiterhin ‚business as usual‘ praktiziert. Eine Ökonomie der Genügsamkeit kann von den Beispielen Einzelner ausgehen. Sie darf sich aber, um in der Gesellschaft wirksam zu sein, nicht nur auf Appelle an das individuelle Konsumverhalten reduzieren, sondern muss grundlegende und strukturelle Veränderungen der Ökonomie nach sich ziehen. In den reichen Industrieländern bedeutet dies, den Gedanken, dass auch der Konsum Grenzen des Wachstums erreichen kann, überhaupt erst einmal diskussionsfähig zu machen.“⁴⁷

Für die Diskussion und Vermittlung aus dem Bereich der Kirchen in die Gesellschaft kann der hier wie dort verstandene Freiheitsgedanke bei entsprechender Übersetzung eine entscheidende Rolle spielen: Die ökologische Ungerechtigkeit bedeutet faktische Unfreiheit künftiger Generationen und ungezählter, von den Verursachern dieser Ungerechtigkeit auch nicht wahrgenommener Menschen heute. Der ethische und auch theologische Anspruch an die Freiheit ist, dass sie sich ihre (letztlich nie eindeutige) Grenze dort setzt, wo die Unfreiheit anderer beginnt. Bei der Forderung ökologischer Gerechtigkeit wird deshalb Verzicht, Sich-Zurücknehmen und damit Freudlosigkeit und Rückschritt assoziiert – wie auch bei den Geboten, die nicht als „Wegweisung der Freiheit“ (J.M. Lochmann), sondern als Drangsalierung interpretiert werden. Dabei eröffnen sich aus der „Freiheit der Gebundenen“ (H. Vogel) Chancen zu einer win-win-Situation, denn Weglassen hilft nicht nur denen, für die bisher viel zu wenig übrig blieb. Weglassen kann für den, der sich mit allem versorgen kann, etwas Befreiendes an sich haben. „Könnte es nicht sein, dass die selbstverständliche Logik des Immer-mehr höchst irrational ist? Dass sich jenseits davon vergessene Chancen für Lebensqualität entdecken lassen? Die Kehrseite der Steigerungslogik ist Atemlosigkeit, Übersättigung und eine träge Konsumhaltung. ... In vielen Lebensbereichen ist die ständige Steigerung zu einem Zwang geworden, der der Mehrheit eher schadet als nützt. Aus ihm auszusteigen ist aber sehr schwierig.

Wir beleidigen uns im Grunde selbst, wenn wir uns als »Verbraucher« bezeichnen: Als sei das Verbrauchen der Welt und der Schöpfung unsere Art, zu leben und zu wirtschaften. Wäre es nicht attraktiver, »Fair-Braucher« zu sein?⁴⁸ Hier liegt vermutlich noch viel Potential – gerade in einer Wellness-orientierten Zeit.

⁴⁷ Ernährungssicherheit vor Energieerzeugung, S. 31

⁴⁸ Markus Vogt, Schöpfungslust statt Umweltfrust, in: EZ Thema, S. 4